

Protokoll 5/2024

Grosser Gemeinderat von Zug

Sitzung vom Dienstag, 28. Mai 2024, 17:00 – 18:30 Uhr, Kantonsratssaal,
Regierungsgebäude, Zug

Vorsitz: Ratspräsident Roman Burkard

Protokoll: Markus Grüter, Protokollführer

Begrüssung, Entschuldigungen und Traktandenliste

Ratspräsident Roman Burkard eröffnet die 5. Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrats auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich die Ratsmitglieder **Mariann Hegglin**, **Corina Krämmel** und **Johannes Hegglin**; die übrigen 37 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.

Später erschienen: **Martin Iten** (17:15 Uhr) und **Bruno Zimmermann** (17:20 Uhr)

Stefan W. Huber vertritt **Johannes Hegglin** als Stimmenzähler.

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Gratulationen

Ratspräsident Roman Burkard gratuliert den Ratsmitgliedern **Mariann Hegglin** und **Philip C. Brunner** im Namen des Grossen Gemeinderats und des Stadtrats ganz herzlich zum Geburtstag.

Die im Saal Anwesenden applaudieren.

Traktandenliste

1 Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 4/2024

1.1 4/2024 – GGR-Protokoll vom 30. April 2024

2 Vereidigung der Ratsmitglieder

2.1 Florin Meier, Die Mitte, Mitglied

3 Kommissionsbestellungen Keine Kommissionsbestellung

4 Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

4.1 Interpellation der SVP-Fraktion vom 1. Mai 2024 betreffend «Verrennt sich die Stadt Zug als Frontrunner?»

4.2 Interpellation der FDP-Fraktion vom 2. Mai 2024 betreffend «Chaotische Verkehrssituation in der Stadt Zug»

4.3 Interpellation D. Amrein und G. Furrer, beide ALG, vom 8. Mai 2024 betreffend «Was bedeutet ‹preisgünstiges Wohnen› in der Stadt Zug?»

4.4 Postulat der FDP-Fraktion vom 22. Mai 2024 betreffend «Strategie Grossveranstaltungen»

4.5 Postulat der FDP-Fraktion vom 27. Mai 2024 betreffend «Vermehrte Nutzung des Casinos durch Stadtzuger Vereine»

5 Überweisung parlamentarischer Vorstösse

5.1 Postulat der FDP-Fraktion vom 15. April 2024 betreffend «Verbesserung der Parkplatz- und Zufahrtssituation Zugerberg»

5.2 Motion B. Elsener, die Mitte, R. Küng, SVP, und D. Blank, FDP, vom 23. April 2024 betreffend «lokales Handwerker- und Gewerbezentrum im Steinlager»

6 Politische Sachgeschäfte Keine Geschäfte

7 Nicht behandelte Geschäfte der letzten Sitzung Keine Geschäfte

8 Parlamentarische Vorstösse

- 8.1 2874 SR – Postulat der Fraktion ALG-CSP vom 25. April 2023 betreffend «Ausbau von naturbezogener Pädagogik an den Stadtschulen Zug»
- 8.2 2875 SR – Interpellation der Mitte-Fraktion vom 15. November 2023 betreffend «Neue Wohnformen, um Bedürfnissen älterer Menschen gerecht zu werden»

9 Mitteilungen

Verabschiedung Benny Elsener, Die Mitte

1 Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 4/2024

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Die Traktandenliste ist somit stillschweigend genehmigt.

Zum Protokoll:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und das Protokoll Nr. 4/2024 zur Sitzung vom 30. April 2024 demnach stillschweigend genehmigt ist.

2 Vereidigung der Ratsmitglieder

2.1 Florin Meier, Die Mitte, Mitglied

Roman Burkard, Ratspräsident

Damit Florin Meier berechtigt ist, an den Verhandlungen des Grossen Gemeinderats der Stadt Zug teilzunehmen, muss er gemäss § 4 der Geschäftsordnung formell den Eid leisten oder das Gelöbnis ablegen. Florin Meier hat sich für das Gelöbnis entschieden.

Ratspräsident Roman Burkard bittet **Florin Meier**, nach vorne zu treten, um das Gelöbnis abzulegen.

Stadtschreiber Martin Würmli liest **Florin Meier** die Gelöbnisformel vor. Dieser legt das Gelöbnis mit den Worten «Ich gelobe es» ab.

Stadtschreiber Martin Würmli gratuliert **Florin Meier** und wünscht ihm alles Gute bei seiner Arbeit im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug.

Die im Saal Anwesenden applaudieren.

Roman Burkard, Ratspräsident

Florin Meier ist ab sofort berechtigt, an den Verhandlungen und Abstimmungen des Grossen Gemeinderats teilzunehmen. Ich wünsche ihm im Namen des Grossen Gemeinderats viel Freude bei der Arbeit und freue mich auf die Zusammenarbeit.

3 Kommissionsbestellungen

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass an der heutigen Sitzung keine Kommissionsbestellung erfolgt.

4 Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

4.1 Interpellation der SVP-Fraktion vom 1. Mai 2024 betreffend «Verrennt sich die Stadt Zug als Frontrunner?»

Am 30. Oktober 2023 publizierte das Bundesamt für Energie die Gewinner folgender Ausschreibung:

<https://www.local-energy.swiss/programme/projektfoerderung/front-runner.html#/>.

Nebst den klar links-grün geprägten Städten Basel, Biel, Fribourg, Kriens zählt auch die Stadt Zug zu den Gewinnern von Bundes-Fördergeldern von Total CHF 900'000.-, was pro Gemeinde bzw. Stadt einem Betrag von ca. CHF 180'000.- entspricht. Nebst dem Umstand an einer komplexen Ausschreibung des Bundes mitzumachen, irritiert, dass sich die Stadt Zug dabei als Frontrunner in der Klimapolitik bezeichnet.

Gemäss der Lauditio der Gewinner (Seite 50) beabsichtigt die Stadt Zug diese Subventionen für die eingehende Studien in den folgenden Bereichen, *Thermal Mapping Stadt Zug*, *Vertiefungsstudie Windenergie Zugerberg*, *CO2mpass Energie* und *Co2 gesteuerte Planung bei städtischen Immobilien und der Verankerung der nachhaltigen Entwicklung der städtischen Verwaltung*, einzusetzen.

1. Wann und auf wessen Initiative hin, wurde dem Stadtrat unterbreitet sich an der Ausschreibung *Frontrunner* von Energie Schweiz zu beteiligen?
2. Beabsichtigt der Stadtrat auch in Zukunft, dass Mitarbeiter der Stadtverwaltung ihre Zeit dafür verwenden, an Ausschreibungen teilzunehmen. Falls ja, mit welchem Ziel?
3. Warum bezeichnet sich die Stadt Zug als *Frontrunner* im Bereich der Klimapolitik? Auf welchen Fakten stützt sich die Stadt Zug dabei konkret?
4. Wer begleitet personell und ist verantwortlich für die vier Studienprojekte: *Thermal Mapping Stadt Zug*, *Windenergie Zugerberg*, *CO2mpass* und ganz besonders die *Verankerung der nachhaltigen Entwicklung der städtischen Verwaltung*?
5. Welche Kosten – ausserhalb des Preisgelds – sind seit 2021 bis heute für diese vier Projekte bereits angefallen. Welches sind die Folgekosten in den Jahren 2024-2026?
6. Warum wurde darauf verzichtet, bei der Bekanntgabe der Gewinner auch in der Stadt Zug das Resultat zu publizieren, wie das zB die Stadt Biel gemacht hat: <https://www.biel-bienne.ch/de/news.html/29/news/4555#:~:text=Die%20Stadt%20Biel%20erhält%20190,besonders%20ambitionierten%20Klima%2D%20und%20Energiepolitik.>

Wir wünschen die schriftliche Beantwortung unserer Fragen.

Ergebnis

Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat für die schriftliche Beantwortung von Interpellationen drei Monate Zeit.

4.2 Interpellation der FDP-Fraktion vom 2. Mai 2024 betreffend «Chaotische Verkehrssituation in der Stadt Zug»

Die aktuelle Vielzahl an Baustellen in unserer Stadt Zug stellt die Mobilität und das städtische Leben vor grosse Herausforderungen. Insbesondere die Bauarbeiten auf der General-Guisan-Strasse, der Grabenstrasse, in der Industriestrasse und entlang der Gotthardstrasse beeinträchtigen den Verkehrsfluss innerhalb der Stadt erheblich. Diese Situation erschwert nicht nur den Individualverkehr, sondern hat auch spürbare Auswirkungen auf den öffentlichen Verkehr sowie die Mobilität der Velofahrenden und die Sicherheit der Fussgänger. Zudem stellt die derzeitige Lage eine bedeutende Belastung für das lokale Gewerbe dar.

Die FDP-Fraktion begrüsst ausdrücklich, dass die Stadt Zug in die Infrastruktur investiert und mit seit langem geplanten Projekten vorwärts macht. Trotzdem stellen sich der FDP-Fraktion einige Fragen, die sie gerne an den Stadtrat richtet:

- Wie plant die Stadt die verschiedenen Bauprojekte und welche Massnahmen ergreift sie, um die Beeinträchtigungen für den Verkehr und das Gewerbe zu minimieren?
- Wie findet die Koordination zwischen dem Kanton und der Stadt Zug bezüglich der Baustellen statt?
- Wie wird sichergestellt, dass die Informationsweitergabe an die Bevölkerung sowie an das lokale Gewerbe über die Dauer und den Umfang der Baumassnahmen aktuell und transparent erfolgt?
- Wie lange dauern die einzelnen Projekte noch an und welche weiteren sind in naher Zukunft geplant?
- Gibt es Überlegungen, temporäre Verkehrsmanagementlösungen einzuführen, um die Zugänglichkeit und Mobilität für die Bevölkerung in den von den Bauarbeiten betroffenen Gebieten zu verbessern?

Wir danken dem Stadtrat für die zeitnahe Beantwortung unserer Fragen.

Ergebnis

Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat für die schriftliche Beantwortung von Interpellationen drei Monate Zeit.

4.3 Interpellation D. Amrein und G. Furrer, beide ALG, vom 8. Mai 2024 betreffend «Was bedeutet ‹preisgünstiges Wohnen› in der Stadt Zug?»

Die Stadt Zug legt in der Verordnung über die Zone für preisgünstigen Wohnraum den zulässigen maximalen Anfangsmietzins fest. Per 1. Mai 2024 hat der Stadtrat diese Preise markant um 28% angehoben. Der Stadtrat begründet die Änderung mit dem veränderten Referenzzinssatz sowie der geänderten Anlagekostenlimite.

Die genannten Preise machen es auch für Personen und Familien mit einem mittleren Einkommen schwer, in Zug eine bezahlbare Wohnung zu finden. Im Jahre 2023 betrug der Schweizerische Median-Lohn rund 8000.-sFr. Gemäss Bundesamt für Wohnungswesen soll die Mietzinsbelastung für Haushalte mit tiefem Einkommen nicht mehr als 25% des Einkommens betragen, da dies sonst die Befriedigung anderer Grundbedürfnisse gefährden kann. Bei den neu definierten Anfangsmieten kann sich also eine 4-köpfige Familie eine als ‹preisgünstig› taxierte 4-Zimmer-Wohnung nur noch bei einem Einkommen ab 10 560.- sFr leisten, ein Salär deutlich über dem Median-Lohn. Aus diesem Grund stellen wir dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Wie definiert der Stadtrat den Begriff ‹preisgünstig› im Zusammenhang mit Wohnungsmieten in Zug? Welches Konzept steckt dahinter? Auf welche Referenzgrössen bezieht sie sich? Welche Handlungsanweisungen ergeben sich daraus?

Leitfaden Preisgünstige Wohnungen: <https://infoscience.epfl.ch/record/269143?v=pdf#files>

2. Wie sieht das Verhältnis zwischen Einkommensentwicklung und Mietpreisentwicklung in der Stadt Zug im Zeitrahmen der letzten 10 Jahre aus? Welche Brutto- und Netto-Einkommen hatten die einkommensschwächsten 20% der Zuger Bevölkerung in den letzten 10 Jahren?
3. Welche Schlüsse aus dieser Entwicklung zieht die Stadt Zug in Bezug auf das Unterstützen von preisgünstigem Wohnen?
4. Welche Absichten hat der Stadtrat in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung in den nächsten 10 Jahren? Welche Art von Durchmischung wird angestrebt?
5. Sollen Personen, die in Zug aufgewachsen sind, sich hier engagieren und hier weiterhin leben möchten -deren Eltern aber nicht über Wohneigentum in der Stadt verfügen- in der Stadt Zug eine Wohnung finden können? Falls ja, wie wird die Stadt Zug dieses Begehren unterstützen?
6. Müsste allenfalls die Verordnung über preisgünstigen Wohnraum angepasst werden? Sieht der Stadtrat andere Mittel und Wege, um dem Ziel - Wohnraum für Personen mit mittlerem und geringem Einkommen zu schaffen - näher zu kommen?

Besten Dank für die Beantwortung unserer Fragen.

Ergebnis

Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat für die schriftliche Beantwortung von Interpellationen drei Monate Zeit.

4.4 Postulat der FDP-Fraktion vom 22. Mai 2024 betreffend «Strategie Grossveranstaltungen»

Eidgenössisches Schwing- und Älplerfest 2019, Jodlerfest 2023, Special Olympics 2026 NEXPO anfangs 30-er Jahre und daneben Zug Magic 2023-2027. Wir erinnern uns alle an gelungene Grossanlässe und freuen uns auf die bevorstehenden Grossveranstaltungen in der Stadt Zug.

Aber was haben diese Anlässe gemeinsam? Was waren die Beweggründe, die Veranstaltungen durchzuführen und sich als Durchführungsstätte der noch geplanten Anlässe zu empfehlen? Prima Vista scheinen die Veranstaltungen eher zufällig und planlos in der Stadt Zug stattzufinden. Eine eigentliche Strategie, wie sich Zug mit diesen Anlässen positionieren möchte, ist nicht erkennbar.

Vor diesem Hintergrund stellen wir folgenden Postulats Antrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Strategie für Grossveranstaltungen und Veranstaltungen mit überregionaler Ausstrahlung zu erarbeiten und dem GGR vorzulegen.

Die Strategie soll aufzeigen, wie sich die Stadt Zug für zukünftige Veranstaltungen mit überregionaler Ausstrahlung positionieren will. Welche kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Motive werden mit der Durchführung verfolgt? Welche Veranstaltungen möchte man anziehen, welche lässt man vorbeiziehen? Wie wird den Bedürfnissen der in der Stadt Zug Lebenden einerseits nach Festivitäten und andererseits nach Ruhe und Erholung Rechnung getragen?

Ergebnis

Das Postulat wird an der nächsten Ratssitzung zur Überweisung traktandiert.

4.5 Postulat der FDP-Fraktion vom 27. Mai 2024 betreffend «Vermehrte Nutzung des Casinos durch Stadtzuger Vereine»

Aus wirtschaftlichen Gründen musste das Casino Zug im letzten Winter seit langen wieder einmal die Mietpreise erhöhen. Dies gilt trotz grosszügigem Rabatt auch für Vereine aus der Stadt Zug, welche im Casino eine Veranstaltung durchführen oder eine Sitzung abhalten möchten. Auch mit dem Rabatt des Casinos und dem Verzicht auf ein Catering, sind die neuen Preise für zahlreiche Stadtzuger Vereine noch zu hoch.

Zu diesem Zweck stellen wir dem Stadtrat folgenden **Auftrag**:

Die Stadt soll prüfen, ob Vereine mit tatsächlichem Sitz in der Stadt unterstützt werden können, damit diese das Casino wieder zu erschwinglichen Konditionen für Anlässe und Versammlungen benutzen können.

Begründung: Auch wenn die Stadt das Casino in einem erheblichen Umfang finanziell unterstützt (vgl. Bericht und Antrags des Stadtrats Nr. 2815 vom 30. Mai 2023), kann das Casino die Rabatte aus wirtschaftlichen Gründen für Vereine nicht mehr erhöhen. Es versteht sich, dass das Casino die Personalkosten im Zusammenhang mit externen Nutzungen weiterverrechnen muss. Diese sind im Casino hoch, da der Raum für praktisch jede Veranstaltung umgestaltet werden muss.

Anhand dieser Umstände soll die Verwaltung prüfen, ob Vereine aus der Stadt Zug das Casino – zumindest ohne Catering – auch nach der erfolgten Preiserhöhung zu einem fairen und erschwinglichen Preis nutzen können. Dabei sind auch direkte Lösungen zwischen der Verwaltung und den Vereinen denkbar.

Diese Regelung soll nur für Vereine gelten, die tatsächlich gelebt und nicht nur auf dem Papier (rechtlich) ihren Sitz in der Stadt haben.

Ergebnis

Das Postulat wird an der nächsten Ratssitzung zur Überweisung traktandiert.

5 Überweisung parlamentarischer Vorstösse

5.1 Postulat der FDP-Fraktion vom 15. April 2024 betreffend «Verbesserung der Parkplatz- und Zufahrtssituation Zugerberg»

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass zur Überweisung das Wort nicht verlangt und kein Nichtüberweisungsantrag gestellt wird.

Ergebnis

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat das Postulat stillschweigend überwiesen hat.

5.2 Motion B. Elsener, die Mitte, R. Küng, SVP, und D. Blank, FDP, vom 23. April 2024 betreffend «lokales Handwerker- und Gewerbezentrum im Steinlager»

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass zur Überweisung das Wort verlangt wird.

Ivano De Gobbi

Hier sind vorneweg unsere beiden Anträge: Wir beantragen die Nichtüberweisung der Motion oder dann zumindest die Umwandlung in ein Postulat.

Die Motion verstösst aus unserer Sicht gegen die vom Volk angenommene Initiative «2000 Wohnungen für den Zuger Mittelstand». Zuerst wollte ich den mittelalterlichen Zweihänder auspacken und zum Rundumschlag ausholen. Ich tue dies aber nicht, da wir das Anliegen der Motionäre sehr wohl verstehen und auch der Meinung sind, dass es Platz für Gewerbe und Kleingewerbe braucht. Dass dies gerade auf einem der drei Grundstücke gefordert wird, die gemäss Initiative ausdrücklich und ausschliesslich für preisgünstigen Wohnungsbau vorgesehen sind, erschliesst sich uns nicht.

Wir verstehen nicht, dass ein Volksentscheid nicht respektiert wird. Das untergräbt das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit in die Politik. Hier wird preisgünstiger Wohnraum gegen preisgünstigen Gewerberaum ausgespielt.

Zudem braucht es eine genauere Umschreibung, was mit Gewerbe gemeint ist. Ein Gewerbe mit raumhohen Toren verträgt sich wohl kaum mit einer intensiven Wohnnutzung.

Der Termin der Abstimmung über die Initiative ist noch nicht einmal 12 Monate her und wir stimmen hier bereits über eine Motion ab, welche den Inhalt der Initiative verletzt. Denken Sie daran, wenn wir nachher zur Abstimmung kommen.

Patrick Steinle

Unsere Fraktion schliesst sich der SP an. Wir wollen die Motion ebenfalls nicht überweisen, auch nicht als Postulat.

Zur Ausgangslage wurde bereits etwas gesagt. Vor knapp einem Jahr hat eine knappe Mehrheit des Stadtzuger Stimmvolks der Initiative für 2000 Wohnungen zugestimmt. Das Steinlager-Areal war eins von vier städtischen Grundstücken, die gemäss Initiative für günstigen Wohnbau zu nutzen sind. Derzeit ist das Areal einer gemischten Wohn- und Gewerbezone zugeteilt.

Das lässt sich verschieden interpretieren. Einerseits kann der Volksentscheid als Auftrag verstanden werden, die erwähnten vier Grundstücke, falls sie das noch nicht sind, in Wohnzonen umzuzonen und dann die preisgünstigen Wohnungen zu realisieren. Oder man sagt, das Stimmvolk habe ja gewusst, dass es eine Mischzone ist. Aber auch dann müsste man dort noch das Maximum an preisgünstigen Wohnungen, das möglich ist, realisieren.

Keinesfalls mit dem Volksentscheid vereinbar ist aber die Forderung der Motion, auf dem Steinlager prioritär möglichst viel günstigen Gewerberaum zu schaffen, allfälligen Wohnraum dann höchstens noch als Fringe Benefit für Mitarbeitende derjenigen Gewerbler zur Verfügung zu stellen, die dort zum Handkuss kommen.

Wir lehnen deshalb die Überweisung der Motion entschieden ab, sie würde dem Volksentscheid zuwiderlaufen.

Es bleibt zu prüfen, ob die Motion allenfalls als Postulat überwiesen werden könnte. Auch da spricht einiges dagegen.

Das Grundanliegen ist verständlich. Auch das lokale Gewerbe leidet unter den hohen Bodenpreisen und Mietkosten. Allerdings kann das Gewerbe, im Unterschied zu den Einwohnern, diese Kosten zumindest teilweise auf die Kundschaft überwälzen, wie sie jedes Mal merken, wenn Sie in Zug Handwerker brauchen oder ein Bier bestellen. Und dann hält sich ehrlich gesagt unser Mitleid mit dem Gewerbe auch deshalb in Grenzen, weil hier ein bisschen nach dem «Foifer und Weggli» verlangt wird.

Die hohen Immobilienpreise in Zug sind eine Folge der tiefen Steuern. Und für die hat sich der Gewerbeverband, im Unterschied etwa zum Mieterverband, die letzten paar Mal oder eigentlich bei jeder Gelegenheit an vorderster Front engagiert. «There is no such thing as a free lunch», wie es so schön heisst – vielleicht sollte auch das lokale Gewerbe die Tiefsteuerpolitik mal hinterfragen.

Warum wollen wir den Vorstoss also nicht als Postulat überweisen?

Nun, die Antwort des Stadtrats wäre wohl absehbar. Er könnte auf das Liegenschaftenverzeichnis verweisen. Die Stadt hat sowohl im Verwaltungs- als auch im Finanzvermögen eine Reihe von Gewerbeliegenschaften. Und wie wir seit der Debatte um die Kostenmiete wissen, vermietet die Stadt viele dieser Objekte sehr günstig. Es wird also doch schon etwas gemacht. Für alles andere fehlt dem Stadtrat die Rechtsgrundlage, es gibt keinen Auftrag dazu, dies im Unterschied zum Wohnungsbau, wo es die Initiativen für 400 und dann 2000 Wohnungen gibt und wo wir die Zonen für preisgünstigen Wohnungsbau ausgeschieden haben.

Und darauf will ich hinaus: Die Gelegenheit ist eigentlich günstig. Einer der Motionäre sitzt in der BPK. Es läuft gerade die Zonenplanrevision. Warum nehmen sich die Motionäre nicht ein Vorbild an Astrid Estermann von unserer Fraktion, die bei der letzten Ortsplanungsrevision diese Idee mit den preisgünstigen Wohnzonen eingebracht hat? Das wurde dann vom Volk so genehmigt. Das wäre doch eine Möglichkeit, dass man verlangt, dass es für das Gewerbe etwas Ähnliches gibt.

Und wenn es dann noch ein Reglement dazu gibt, das die Vergabe dieser Gewerberäume regelt und dabei nicht nur – wie von der Motion angeregt – bestehende, bereits etablierte Gewerbler berücksichtigt, die sich vergrössern wollen, sondern vielleicht auch noch Start-ups, die noch viel mehr Mühe haben, günstige Räume zu finden, dann können Sie sich unserer Unterstützung gewiss sein.

Besten Dank. Schluss.

Daniel Blank

Gerne spreche ich für die Motionäre, aber auch gleich für die FDP-Fraktion.

Wir verstehen, dass die SP-Fraktion hier und heute die Befürchtung hegt, die Initiative würde ausgehöhlt. Das ist natürlich nicht das Ziel der Motion, den Volkswillen zu umgehen.

Das Ziel ist es, das städtische Grundstück mit sinnvollen Rahmenbedingungen optimal zu nutzen. Für uns ist es ein Miteinander von Wohnen und Gewerbe. Das soll das Ziel sein. Wir wollen nicht das eine gegen das andere ausspielen.

Wir möchten den Stadtrat einladen, die Planung für die bestmögliche Lösung unvoreingenommen anzugehen, ohne dabei eine gewerbliche Nutzung bereits im Vorfeld kategorisch auszuschliessen.

Neben allfälligen politischen Motiven und Beweggründen, sich für unser Gewerbe einzusetzen und etwas zu tun, gibt es auch technische respektive planerische Argumente.

Das Gewerbe könnte mit anderen Grenzwerten bezüglich Strassenlärm eine wesentlich einfachere und attraktivere Lösung als Übergang vom Gebäude zur Strasse ermöglichen. Dass dies nicht unbedingt mit diesen Toren geschehen muss, diesen Einwand verstehe ich natürlich.

Insbesondere im Erdgeschoss haben reine Wohnnutzungen grössere Probleme und ergeben oft nicht attraktive Lösungen für unsere Stadt.

Wir sehen das Gewerbe aber auch von der Angebotsseite her als wichtigen Bestandteil einer funktionierenden Stadt. Wir sehen darin eine Bereicherung und einen Mehrwert, insbesondere für die Anwohner und die Bürger. Ich hoffe, sie auch.

Die Initiative will preisgünstige Wohnungen, das ist uns allen klar. Von Denkverböten haben wir im Initiativtext aber nichts gelesen. Geben wir dem Stadtrat die Möglichkeit, uns positiv zu überraschen – eine Start-up-Zone für Jungunternehmer oder was auch immer...

Die FDP-Fraktion unterstützt die Motionäre einstimmig.

Roman Küng

Ja, Sie hatten es schon in den Zeitungen lesen können, und haben es auch eben wieder gehört: Uns Motionären wird vorgeworfen, wir würden im Zusammenhang mit der Initiative «2000 Wohnungen für den Zuger Mittelstand» den Volkswillen missachten, da auch das Steinlager mit preisgünstigen Wohnungen zu bebauen sei.

Nun habe ich also das Abstimmungsbüchlein noch mal durchgelesen und hier heisst es: «Die städtischen Grundstücke Gimnen, Steinlager und Chamerstrasse sind umgehend durch öffentliche Körperschaften oder gemeinnützige Wohnbauträger mit preisgünstigen Wohnungen zu überbauen.»

Also, meine Damen und Herren: Selbstverständlich sollen preisgünstige Wohnungen gebaut werden, falls sich denn ein Investor findet, aber von einem Verbot einer gemischten Nutzung lese ich hier nichts. Und schon gar nichts lese ich von ausschliesslich Wohnungen, die gebaut werden sollen, lieber Ivano De Gobbi, wie du das hier vorhin fälschlicherweise behauptet hast.

Ich kann allerdings schon verstehen, dass die Initianten etwas angesäuert sind, denn mittlerweile hat auch der Letzte von Ihnen begriffen, dass durch die Annahme der Initiative nun weniger statt mehr gebaut wird. Ganz genau so, wie es vor der Abstimmung von uns Bürgerlichen befürchtet wurde.

Ich möchte von daher also beliebt machen, die Motion zu überweisen.

Christoph Iten

Als Motion beziehungsweise als Instrument der Motion sehen wir diesen Vorstoss nicht geeignet und sind deswegen mehrheitlich für die Nichtüberweisung in der Form einer Motion. Wir sehen hier zu starke Konflikte zur 2000-Wohnungen-Initiative, wenn das in der Form einer Motion überwiesen würde.

Wir haben es vorhin von Mitmotionär Daniel Blank gehört, er möchte eine Auslegeordnung des Stadtrats zu diesem Thema. Das unterstützen wir, aber dann ist die Motion das falsche Instrument, dann wäre es ein Postulat.

Entsprechend stellen wir aus erwähnten Gründen den Antrag auf Umwandlung in ein Postulat. Wir möchten ebenfalls eine Auslegeordnung, dann kann der Stadtrat aufzeigen, in welcher Form allenfalls Gewerbe Platz hat, beispielsweise EG-Nutzung ist für Wohnen wohl nur bedingt geeignet. So hätte er die Möglichkeit, uns die Möglichkeiten innerhalb dieses Rahmens aufzuzeigen. Entsprechend stellen wir den Antrag auf Umwandlung in ein Postulat.

David Meyer

Es ist ja da schon heute teilweise eine gemischte Zone und also nicht völlig abwegig, dass man sich das überlegt. Wenn man ein bisschen überlegt, was es sonst noch in der Stadt zu tun gibt und wie gute Städte aussehen, ist ja Wohnen und Arbeiten möglichst in Reichweite zu bringen. Insofern muss man sagen, dieser Vorstoss bewegt sich in die richtige Richtung. Man sagt, wir prüfen, was auf diesem doch sehr kleinen Teil der gemischten Nutzung möglich ist. Insofern passt das schon, dass man das prüft. Eine Umwandlung in ein Postulat könnten wir uns auch vorstellen.

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass ein Antrag auf Umwandlung in ein Postulat und ein Antrag auf Nichtüberweisung vorliegt. Zuerst wird über den Antrag auf Umwandlung in ein Postulat abgestimmt. Die Umwandlung der Motion in ein Postulat sowie die Nichtüberweisung der Motion erfordern zwei Drittel der Stimmen der anwesenden Ratsmitglieder.

Abstimmung Nr. 1

- Für die Umwandlung der Motion in ein Postulat stimmen 20 Ratsmitglieder
- Gegen die Umwandlung der Motion in ein Postulat stimmen 16 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 1

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat den Antrag auf Umwandlung in ein Postulat abgelehnt hat.

Abstimmung Nr. 2

- Für die Nichtüberweisung der Motion stimmen 16 Ratsmitglieder
- Für die Überweisung der Motion stimmen 20 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 2

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat die Motion überwiesen hat.

6. Politische Sachgeschäfte

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass keine Geschäfte vorliegen.

7. Nicht behandelte Geschäfte der letzten Sitzung

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass keine Geschäfte vorliegen.

8. Parlamentarische Vorstösse

8.1 Postulat der Fraktion ALG-CSP vom 25. April 2023 betreffend «Ausbau von naturbezogener Pädagogik an den Stadtschulen Zug»

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2874 vom 30. April 2024

Martin Iten

Ich habe vor einigen Jahren bei einem jungen, aufstrebenden Schweizer Kunstmaler ein spezielles Bild erworben. Es zeigt einen Astronauten, der vollgepackt in seinem Raumanzug mit dem charakteristischen Kugelhelm – Sie können sich das sicher vorstellen – kopfüber im Weltall schwebt und auf die kleine Welt hinunterguckt, sie aus der weiten Ferne betrachtet. Der Kunstmaler – er heisst Manuel Andreas Dürr – hat es mit dem eindrücklichen Namen «Exkarnation» betitelt.

Mich hat das Bild schon oft sehr zum Nachdenken gebracht, weil es mir ein Zeichen der Zeit – ein Zeichen unserer Zeit – offenlegt. Wir Menschen verstehen uns im aktuellen Zeitalter ja auch in etwa wie Astronauten, also wie «Sternenfahrer», fühlen uns insbesondere dank dem rasanten Fortschritt durch Technologisierung und Digitalisierung den Sternen nah. Wir betrachten dank all diesen sogenannten Fortschritten die Welt vermeintlich ganzheitlich, mit grossem Überblick.

Aber wir betrachten die Welt auch zunehmend mit grösserer Distanz, ja manchmal vielleicht genauso abgehoben und vor allem zunehmend immer mehr «durch eine Scheibe» – wie Astronauten aus dem Weltall... Durch unsere Smartphones, Tablets, Screens... Emotional sind wir zwar voll dabei und vielleicht sogar mittendrin, aber doch sehr weit entfernt und eben, vor allem eines: nicht inkarniert, sondern exkarniert. Losgelöst und ohne echte Begegnung, ohne Berührung...

Mir kam dieses Ölbild, das bei mir in der Wohnung hängt – Sie können es einmal anschauen kommen – in den Sinn, als ich vor einem Jahr die Website der Stadtschulen Zug besuchte und dort sehr viel über digitale Schule, über ICT – also Informations- und Kommunikationstechnologien –, über digitale Sozialisierung im digitalen Zeitalter und so weiter las.

Noch mehr musste ich an dieses Bild «Exkarnation» denken, als ich vor einem halben Jahr die Medienmitteilung des Bildungsdepartementes las, die mit grosser Euphorie verkündete, dass die Stadtschulen Zug pionierhaft Ressourcen und Kompetenzen in das Potenzial von «Künstlicher Intelligenz» und neuer Technologien setzen will.

Und ich musste auch daran denken, als ich kürzlich den Bericht und Antrag des Stadtrats auf dieses Postulat las, mit dem wir die Naturpädagogik an den Stadtschulen Zug fördern wollten.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Es ist gut, dass ein massvoller und reflektierter Umgang mit Digitalisierung auch an der Schule Einzug gehalten hat. Ja, es ist sogar Pflicht, dass eine gute Anwendung neuer Möglichkeiten eingeübt wird. Zudem gibt es auch einfach viele neue Hilfsmittel, die im Schulalltag entlasten und helfen können, die das Lernen vereinfachen. Gerade das Internet und seine technologischen Möglichkeiten haben Bildung nochmal weiter demokratisiert. Darum möchte ich keineswegs einen Dualismus zwischen digitaler Schule und Naturpädagogik zementieren und hier in einem Schwarz-Weiss-Schema ein Urteil fällen.

Und trotzdem muss ich gestehen, dass mich die Beantwortung des Stadtrats auf das Postulat ein bisschen wundert und auch enttäuscht. Gerade wenn man die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen betrachtet, wenn man die zunehmende Entfremdung wahrnimmt, die durch die Digitalisierung multipliziert und verschärft wird, umso mehr müsste man doch das Anliegen von Naturpädagogik forcieren. Um ein Gleichgewicht zu geben. Denn die Konfrontation mit der Natur bringt den Menschen in sein eigentliches Habitat zurück. Weil, und das vergessen wir vielleicht oft zu schnell: Auch der Mensch ist Natur. Wenn wir uns mit der Natur des Menschen auseinandersetzen wollen, müssen wir uns konkret mit der weiteren Natur konfrontieren. Und ich denke, es ist Aufgabe und Pflicht der Schule, das Verstehenwollen zu fördern.

Der Stadtrat ist der Meinung, dass dies im Rahmen von bestehenden Natur-Angeboten im Schulalltag bereits ausreichend gemacht wird. Eine Umfrage hat ergeben, dass einiges an Aktivitäten mit Naturbezug in gewissen Schulklassen und Schulhäusern umgesetzt wird. Ob dies jedoch einmal wöchentlich, monatlich, halbjährlich oder doch vielleicht gar nie angeboten wird, das liegt einzig in der Kompetenz der zuständigen Lehrpersonen. Hier dürfte nachgefragt werden, ob dies dem Prinzip der Chancengerechtigkeit entspricht, wenn also das einzige Kriterium, ob man gewisse Naturerlebnisse im Schulunterricht bekommt, jenes ist, dass die eigene Lehrperson eine gewisse Offenheit dafür hat.

Und in diesem Zusammenhang möchte ich allen Lehrpersonen in der Stadt Zug herzlich danken, die ihren Schülerinnen und Schülern im Unterricht einen Naturbezug ermöglichen.

Mit dem Argument der fehlenden Chancengerechtigkeit – genau diesem Argument also – wird auch die Naturbasisstufe und die Schaffung eines Naturkindergartens abgelehnt. Da kann man sich fragen: Wie war das nochmal mit anderen, exklusiven Schulangeboten, die wir hier in der Stadt kennen, wie zum Beispiel jenem der Tagesschule? Wird dann dieses Angebot wohl auch bald Geschichte sein, weil davon ja letztlich leider auch nicht alle Schülerinnen und Schüler der Stadt profitieren können? Ist die Tagesschule chancengerecht?

Dass analog zum Beispiel der Gemeinde Baar, die ein altes Munitionslager im Wald zu einem Aussenschulraum umfunktioniert hat, ein fixer Naturschulstandort zur Benützung aller Klassen und Stufen eine optimale Ergänzung zu den bereits bestehenden Angeboten wäre, findet der Stadtrat auch nicht. Im Gegenteil, dadurch würde man die Flexibilität einschränken. Mir war nicht bewusst, dass die Schaffung einer zusätzlichen Option per se Einschränkungen auf bestehende Optionen auswirkt. Ist mir ein neues Denken.

Wir fänden einen Standort, zum Beispiel oben im Wald oder unten am See, beim Sagiplatz oder so, eine tolle Ergänzung zu bereits bestehenden Möglichkeiten.

Die Schaffung einer Fachstelle, die sich der Förderung von Naturpädagogik mittels Angeboten, Hilfsmitteln und Unterstützungen annimmt, wurde scheinbar doch ernsthaft in Betracht gezogen. Das begrüßen wir sehr. Doch auch hier: Der Stadtrat will diese Fachstelle vorerst nicht umsetzen. Es gäbe noch wichtigere Prioritäten, für die zuerst andere Stellen geschaffen werden müssten.

Ich habe beim Bildungsdirektor nachgefragt, welche anderen Stellen denn zuerst noch geschaffen werden müssten, bevor man in Naturpädagogik investieren will. Ich kann Ihnen sagen – ohne jetzt aus dem Nähkästchen zu plaudern –, Naturpädagogik ist an dritter Priorität unter anderen Aufgaben und so weiter. Immerhin, das Thema ist also an dritter Stelle. Deswegen haben wir auch noch ein bisschen Hoffnung, dass vielleicht in Zukunft etwas gehen könnte, dass in dieser Stadt das Naturangebot an den Schulen ausgebaut wird, dass die Schülerinnen und Schüler immer mehr Erfahrungen machen können, die ihnen eben auch eine Berührung mit Natur ermöglicht.

Aus diesem Grund wird unsere Fraktion negative Kenntnisnahme einlegen, damit das Thema aktuell bestehen bleibt und der Stadtrat, wenn die ersten zwei Prioritäten abgearbeitet sind, bei der dritten Priorität auf Naturpädagogik zurückgreifen wird, und hoffentlich etwas unternommen wird in dieser Richtung.

Barbara Gisler

Sehr viele Haltungen und Meinungen zu diesem Thema wurden bereits bei der Postulatsüberweisung kundgetan. Entsprechend hebe ich heute nur noch drei Punkte für die FDP-Fraktion hervor:

1. Naturbezogene Pädagogik ist die Methode zu einem Ziel. Als Lehrperson lernt Mann/Frau in der Didaktik immer, erst das Ziel zu setzen, um dann die passende Methode zu wählen. «E chli im Wald si, e chli in Wald ga» tönt schön und macht – zugegebenermassen auch mir – Spass, ist aber nicht unbedingt zielführend oder für jede Schülerin, für jeden Schüler das Beste.
2. Chancengleichheit ist nicht gegeben. Hierzu stelle ich Ihnen einfach ein paar Fragen: Was ist, wenn ein anderes GGR-Mitglied lieber einen Kunstkindergarten oder eine Technikprimarschule möchte? Wie würden die Kinder selektioniert, die diesen besuchen dürften? Wie kommen sie dahin? Die Stadtschulen bekennen sich zu den Quartierschulhäusern, so dass die Wege möglichst kurz und selbstständig gemacht werden können und die Freunde in der Nähe wohnen. Dies gilt es unserer Meinung nach zu unterstützen.
3. Idee der Fachstelle: Diese bläst das Budget des Bildungsdepartements unnötig auf. Lehrpersonen sind geschult auf verschiedene Lerninhalte methodisch einzugehen und diese entsprechend vorzubereiten. Lehrmittel können der Unterstützung dienen. Und dann gibt es auch noch das didaktische Zentrum. Von dem her gesehen, danke für den Vorschlag, ist aber nicht nötig.

Fazit: Der Stadtrat hat nachvollziehbar und überzeugend dargelegt, dass die Natur sehr wohl Teil der Zuger Schulen ist – dem sogar bewusst Rechnung getragen wird – und überhaupt nicht zu kurz kommt. Halten wir uns an den Lehrplan und überlassen den Lehrpersonen die Methodenwahl. Positive Kenntnisnahme der FDP-Fraktion.

Marilena Amato Mengis

Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass das Angebot eines Naturkindergartens, einer Waldschule oder wenigstens eines fixen Naturschulzimmers im immer urbaner werdenden Zug und im immer digitaler werdenden Unterricht sinnvoll wäre. Pädagogisch sinnvoll, ein Gewinn für die Kinder mit nachhaltig positiven Effekten für ihre Sozialisation und eine Bereicherung für die Bildungslandschaft Zug. Die Haltung des Stadtrats zeugt indes von wenig Gestaltungswillen.

Unser Dank geht an die vielen Lehrpersonen, die im dicht getakteten Unterrichtsplan Zeit und Raum schaffen für Ausflüge in die Natur. Denn spätestens ab der zweiten Klasse, in der Hetze von einem Test zum anderen, damit am Ende des Semesters in allen Fächern die vorgeschriebene Anzahl Noten vorliegt, scheint kaum mehr Zeit für kreative Pädagogik ausserhalb des Schulzimmers. Auch Lerninhalte wie die heimischen Pflanzen oder Tiere, Bäume und Vögel scheinen von englischen und französischen Vokabeln verdrängt worden zu sein. Das ist zumindest die Erfahrung, die wir in der Fraktion als Eltern von total zehn Schulkindern teilen. Das mag nun subjektiv und Zufall sein.

Doch zeigt auch die Tabelle in der Postulatsantwort ziemlich klar, dass von jenen Gefässen, die monatlich oder gar wöchentlich angeboten werden, nur einzelne Schulklassen profitieren: Das Guggiwäldli zum Schulzimmer machen, jeden Donnerstag nach der Pause den Schulunterricht in den

Wald verlegen – das klingt toll. Es ist aber auch klar, dass das für die allermeisten Lehrpersonen nicht möglich ist. Und – ich glaube, wir sind uns alle einig: Mit einem jährlichen Waldmorgen oder einem einmaligen Besuch auf dem Bauernhof ist es nicht getan.

Insofern irritiert uns das Killer-Argument des Stadtrats, er wolle keine spezifischen Angebote, wie beispielsweise einen Waldkindergarten, schaffen, weil diese Form von Unterricht dann nur einer Minderheit der Kinder zugutekomme. Erstens ist es heute schon sehr stark von Schulstandort und Lehrperson abhängig, ob in der Natur unterrichtet werden kann. Gleiches gilt übrigens für Schulreisen und Lager, da gibt es extreme Unterschiede von Lehrperson zu Lehrperson, von Schule zu Schule. Zudem: Die Schaffung eines Waldkindergartens – das hat Martin Iten schon gesagt – würde ja nicht bedeuten, dass die Kinder im Regelkindergarten dann nicht mehr in den Wald gehen dürfen. Wenn – wie der Stadtrat betont – also alle Kinder Zugang zu Naturpädagogik haben sollen, und diese Einstellung begrüßen wir sehr, dann müssen dafür die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Und es braucht einheitliche verpflichtende Vorgaben im Unterrichtsplan oder zumindest fixe Gefässe.

Entsprechend zwiespältig beurteilen auch wir den effektiven Nutzen einer neu zu schaffenden Stelle mit beratender Funktion in der Verwaltung. Wir haben uns mehr erhofft und unterstützen deshalb den Antrag auf negative Kenntnisnahme.

Stefan W. Huber

Naturpädagogik an den Stadtzuger Schulen. Diese ist tatsächlich ein wichtiger Kontrast zum vor allem auf den höheren Stufen immer kopflastigeren und digitalen Unterricht. Ein Ausspielen der beiden Pole gegeneinander, wie das hier teilweise geschehen ist, ist jedoch nicht angebracht und macht keinen Sinn. Der Stadtrat zeigt in seiner ausführlichen Antwort, dass die Stadt bereits einiges diesbezüglich unternommen hat und am Laufen ist. Und als Vater eines 6-jährigen Bubens kann ich bestätigen, dass das naturpädagogische Programm der Stadt Zug jeder Witterung standhält.

Wir gehen mit dem Stadtrat einig, dass die besten Bedingungen und Anreize für die Naturpädagogik nicht durch zentrale Standorte geschaffen werden – wenn auch natürlich ein solches Waldschulhaus sehr schön wäre –, sondern durch eine breite Einbindung in den gesamten städtischen Raum. Unsere Stadt und ihre Naturräume sollten so gestaltet sein, dass sie zum faszinierten Verweilen und Erleben einladen. Es ist wesentlich, dass alle Schülerinnen und Schüler Zugang zu naturbezogenen Lernangeboten haben, unabhängig von ihrem jeweiligen Schulort, der aktuellen Besetzung oder ihrer aktuellen Schulklasse.

Auch unterstützen wir die Idee, bestehende Kooperationen mit lokalen Akteuren wie Vereinen und landwirtschaftlichen Betrieben zu intensivieren. Solche Partnerschaften bereichern nicht nur naturpädagogischen Aktivitäten, sondern fördern auch den Bezug zu unserer Stadt, ihren Bewohnern und Institutionen, und zu unserer Region. Die ablehnende Haltung des Stadtrates gegenüber einem Waldschulhaus können wir hingegen nicht ganz nachvollziehen, da ein einzelner solcher zentraler Punkt durchaus eine Bereicherung ist.

Nun kommen wir zu der Idee einer zentralen Fachstelle für Naturpädagogik. Man könnte meinen, die Errichtung einer pädagogischen Fachstelle sei der heilige Gral der Bildungsinnovation. Eine Bürokratie-Institution mehr, die sich mit Elan dem Papier widmet, während die Lehrpersonen und Kinder weiterhin im Klassenzimmer hocken und von der Natur träumen dürfen. Warum keine Fachstelle für Glücks- und Achtsamkeits-Pädagogik? Warum keine Fachstelle für Fachstellen-Pädagogik? Angebot und Nachfrage nach naturbezogenem Unterricht werden nicht durch die

Schaffung einer Fachstelle gefördert, sondern durch die Verfügbarkeit und den Zugang zu geeigneten Natur- und Stadträumen.

Diese Räume müssen so gestaltet oder belassen worden sein, dass sie genauso die Neugier der Kinder wecken, wie sie allen Bevölkerungsschichten vielfältige Möglichkeiten zum Erleben und Lernen bieten. Es ist daher entscheidend, die bestehenden Ressourcen weiter auszubauen und die Expertise der Lehrpersonen vor Ort gezielt zu fördern. Der Waldparcours in Oberwil ist ein sensationelles Beispiel dafür, von dem es gerne mehr geben darf. Auch: Warum nicht die Zuger Bergbahn Schulklassen der Stadt Zug gratis zur Nutzung zur Verfügung stellen? Ein solch praktischer und unkomplizierter Ansatz würde mehr Schulklassen auf den Zugerberg bringen, in den Wald bringen, als es eine Fachstelle je könnte.

Wenn wir also etwas für die Naturpädagogik tun wollen, dann sollten wir unsere Energie und Ressourcen darauf verwenden, unsere städtischen Räume so zu gestalten, dass sie selbst zu lebendigen Klassenzimmern werden, die wir besuchen wollen – statt uns in der Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen zu verlieren. Die Naturpädagogik lebt von der direkten Erfahrung und der unmittelbaren Begegnung mit der Natur, nicht von der Schaffung eines Büros.

In diesem Sinne appelliere ich an unseren gesunden Menschenverstand: Lassen wir die Naturpädagogik vor allem dort gedeihen, wo sie hingehört – nämlich in die Natur.

Theo Iten

Wir von der Mitte danken an dieser Stelle besonders den Lehrpersonen, die sich mit Leidenschaft für die Schülerinnen und Schüler einsetzen und nicht nur den Lohn beziehen.

Es wird immer wieder nach spannenden, naturbezogenen Aktivitäten und Projekten gesucht, die den Schulunterricht bereichern können. Damit der Naturentfremdung entgegengewirkt werden kann, braucht es eine Regelmässigkeit an Unterricht.

Aus unserer Sicht braucht es keine neue Fachstelle, sondern engagierte Lehrpersonen, die unterstützt werden.

Wir von der Mitte nehmen den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis.

Dominique Messmer

Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die umfassende Beantwortung des Postulates, welche wir zur Kenntnis nehmen und zur Abschreibung empfehlen.

Zuerst bin ich zwar doch ein bisschen erschrocken, als unter der Variante 3 bei der Beschreibung der Fachstelle Naturpädagogik im Indikativ geschrieben wurde. Gut, dass der Stadtrat dies im wichtigsten letzten Satz geändert und den Konjunktiv 2 verwendet hat.

Trotzdem möchte ich noch auf eine fehlende Überlegung in der Begründung hinweisen. Der Stadtrat meint, dass die Schaffung einer Fachstelle Naturpädagogik die Lehrpersonen in die Lage versetzen würde, hochwertige naturbezogene Bildungsangebote zu entwickeln und durchzuführen.

Die Lehrpersonen sind bereits alle in NMG ausgebildet. Somit sind sie auch heute schon in der Lage, einen hochwertigen naturbezogenen Unterricht anzubieten. Wenn sie dies nicht könnten, müsste man sich ja fragen, ob in Deutsch, Mathematik und weiteren Schulfächern nicht ebenfalls Fachstellen geschaffen werden müssten, um den Pädagogen die richtigen Werkzeuge mit auf den Weg zu geben.

Also entscheiden Sie sich. Entweder Sie verlangen über den Kantonsrat die Abschaffung der Pädagogischen Hochschule und setzen überall Fachstellen ein oder Sie vertrauen auf die Ausbildung der PH und verzichten dafür auf Fachstellen.

Etienne Schumpf, Stadtrat

Das Guggiwäldli als Naturschulzimmer nutzen, den Wald mit einem Förster erkunden, das Treiben auf dem Bauernhof gemeinsam mit einem Bauern entdecken – Schule im Freien und in der Natur, das möchten wir für alle und nicht nur für wenige Kinder bieten.

Wir waren bei und nach der Erhebung der Umfrage selber überrascht, wie umfangreich, vielseitig und kreativ das naturbezogene Angebot der Stadtschulen Zug ist.

An dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an alle Lehrpersonen, die sich tagtäglich – und nicht nur im Bereich der Naturpädagogik – immer wieder spannende und neue Möglichkeiten ausdenken.

Die Umfrage hat gezeigt – 60 Klassenlehrpersonen von 145 haben geantwortet –, dass naturbezogene Pädagogik an den Stadtschulen breit gelebt und ausgelebt wird.

Und falls jetzt tatsächlich irgendwie oder irgendwo eine Lehrperson das nicht so lebt, dann darf man auch als Kind oder als Elternteil eine Lehrperson darauf ansprechen, ob es vielleicht nicht mal eine gute Idee wäre, in der Pause oder am Morgen ins Brüggli zu gehen.

Ich weiss nicht, ob Sie das gewusst haben, aber Sie sind nicht das einzige Parlament in der Stadt Zug. Wir haben sehr viele Parlamente in der Stadt Zug – das sind die Schulparlamente, die sehr aktiv solche Ideen – auch wenn es im Bereich der Naturpädagogik ist – einbringen. Ein anderes Beispiel ist, das Schulparlament im Schulhaus Burgbach hat sich gewünscht, dass die Schule eine Telefonzelle mit Büchern bekommt, die sie in der Pause lesen können. Also nichts mit digitalen Screens. Und da sind wir zum Beispiel daran, das umzusetzen. Sie sehen, die Aufträge des Schulparlaments setzen wir genauso getreu um wie die Aufträge des Parlaments hier im Raum.

Ich selber bin circa alle drei bis vier Wochen bei einem Schul- oder Betreuungsstandort vor Ort und komme sehr oft mit nassen oder dreckigen Schuhen zurück. Und das ist auch gut so. Im Herti, wo sehr viel läuft, war zum Beispiel letzte Woche der Sporttag im Leichtathletikstadion. Und Naturpädagogik darf auch im Bereich Sport gelebt und ausgelebt werden.

Ja, den einen mag es zu wenige Aktivitäten in der Natur sein, den anderen zu viele Aktivitäten in der Natur. Und als Schule gilt es auch hier, einen möglichst guten Mittelweg für alle zu finden, den die Stadtschulen Zug auch bei diesem Thema gefunden haben.

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt.

Abstimmung Nr. 3

- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 9 Ratsmitglieder
- Für Kenntnisnahme stimmen 25 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 2

Ergebnis Abstimmung Nr. 3

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

8.2 Interpellation der Mitte-Fraktion vom 15. November 2023 betreffend «Neue Wohnformen, um Bedürfnissen älterer Menschen gerecht zu werden»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2875 vom 7. Mai 2024

Richard Rüegg

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung unserer Interpellation.

Kurz nachdem die Legislaturziele 2023 bis 2026 bekannt waren, haben wir unsere Interpellation für neue Wohnformen eingereicht. Die Antwort darauf erachten wir als schlicht ernüchternd.

Wir haben keine Wunder erwartet, keine fixfertigen Lösungen und schon gar keine überstürzten Schritte. Die Antworten auf unsere 5 Fragen liegen nun vor.

Inhaltlich erfahren wir nichts Neues, sondern das, was den Zugerinnen und Zugern bereits bekannt ist: Wohnraum ist knapp, 65 % der Wohnungen sind unterbelegt, das heisst es wohnen Menschen in zu grossen Wohnungen, und es gibt wenig Anreiz, in kleinere Wohnungen umzuziehen.

Positiv hervorzuheben ist, dass die öffentliche Hand und Genossenschaften Einkommenslimiten für ihre Wohnungen festgelegt haben. Bei 85 % der Mietverhältnisse gilt jedoch das Privatrecht. Dass wir das Eigentumsrecht respektieren, gehört zu unserem demokratischen Verständnis.

Was bleibt also übrig? Wir entsinnen uns nochmals der Legislaturziele. Was stand dort noch einmal?

Legislaturziel 2:

Die Stadt Zug initiiert, koordiniert und erprobt gemeinsam mit privaten Akteurinnen und Akteuren innovative Instrumente und Projekte, um der wachsenden Wohnraumknappheit zu begegnen. Weiter heisst es, dass aktuelle Wohnraum-Datengrundlagen erarbeitet werden.

Die Ergebnisse liegen nun vor. In seiner Antwort schreibt der Stadtrat jedoch, dass der Aufwand in keinem Verhältnis zu einer möglichen Lösung steht. Der Stadtrat betont, dass eine grössere Flexibilität und Kreativität von allen Beteiligten erforderlich sind, um zusätzliche Wohnformen und -modelle zu entwickeln. Er sieht jedoch selbst keine Möglichkeit, die gesteckten Ziele zu erreichen.

Ältere und junge Zugerinnen und Zuger suchen Wohnungen. Die Antwort des Stadtrats ist enttäuschend und ernüchternd.

Aus diesem Grund nehmen wir die Antwort negativ zur Kenntnis. Die Mitte-Fraktion überlegt sich, wie wir mit diesem Anliegen weiter vorgehen sollen.

Anmerken möchte ich noch, dass dies nicht nur ein Problem unserer Stadt Zug ist. Sondern auch die Stadt Luzern kennt solche Probleme. Sie hat ein Reglement über die Förderung des Umzugs aus Gross- in Kleinwohnungen erstellt. Dieses Reglement wurde leider am 5. Juli 1990 entwickelt. Also auch die Stadt Luzern hat schon länger ein solches Reglement. Schade ist, dass unsere Stadt dieses Reglement nicht kennt.

Dagmar Amrein

Wir bedanken uns bei den Interpellanten für die interessanten Fragen und beim Stadtrat für die Beantwortung. Die einleitenden Vorbemerkungen sind eine gute Analyse der Situation: Problem erkannt. Die Beantwortung der einzelnen Fragen danach fällt eher enttäuschend aus.

Bei der Frage nach der durchschnittlichen Wohnfläche pro Kopf in der Stadt Zug überrascht uns, dass diese bei den städtischen Wohnungen, und zwar bei solchen mit Belegungsvorschriften, mit 44 m² hoch ist. Gerne würden wir vom Stadtrat erfahren, weshalb dieser Wert so hoch ausfällt, versucht man doch mit den Belegungsvorschriften die Mieten niedrig, dafür die Belegung hoch zu halten. Die Grafik zum Wohnungsmarkt in der Zentralschweiz zeigt, dass nur 5 % der Wohnungen der öffentlichen Hand gehören. Schade hat man die Zahlen für die Stadt Zug oder wenigstens jene im Kanton Zug nicht in Erfahrung gebracht. Aber auch so wird klar: Die Anzahl der Wohnungen, bei welchen die Stadt wirklich Einfluss nehmen kann, ist klein. Zu klein.

Auf die Frage, wie sich die Stadt unterstützend für die Thematik des Wohnungstausches, der Generationenwohnungen oder der Motivierung älterer Menschen, den Schritt in eine kleinere Wohnung zu wagen, einbringen könnte, zeigt sich der Stadtrat ratlos, um nicht zu sagen ideenlos. So ist man sich der Problematik zwar durchaus bewusst, hat aber keinerlei Ideen, wie dem zu begegnen sei. Dies enttäuscht uns. Warum nicht einen Aufruf an die ältere Bevölkerung, aber auch an Vermieterinnen und Vermieter richten und eine Wohnungsbörse für Wohnungstausch einrichten? Warum nicht überlegen, welche anderen Anreize für ältere Menschen geschaffen werden könnten? Längerfristig ist aber auch klar: Die Stadt muss ihren Anteil an eigenen Wohnungen, welche sie der Preisspirale entziehen und zur Kostenmiete vermieten kann, erhöhen.

David Meyer hatte uns vor einem halben Jahr mit seiner Grafik «Wie aus dem Tannenbaum ein Laubbaum wurde» bildhaft vor Augen geführt, was uns demographisch bevorsteht: Wir werden in Bälde in der Stadt Zug sehr viel mehr Seniorinnen und Senioren haben. Erwartet wird, dass bis 2035 die Zahl der über 65-Jährigen um über 50 % von ungefähr 5'500 auf ca. 8'600 zunehmen wird. Hinzu kommt gemäss Obsan-Bericht vom März 2022, dass ein hoher Anteil an leichtpflegebedürftigen Personen in Pflegeheimen lebt. Das heisst, ältere Menschen gehen also in Zug überdurchschnittlich oft ins Altersheim, obwohl sie eigentlich zusammen mit den bestehenden Angeboten wie Spitex, Mahlzeitendienst oder Pro Senectute noch selbständig leben könnten. Warum ist das so? Weil ihnen ihr Haus oder ihre Wohnung zu gross und eine Bürde geworden ist, sie aber nichts Kleineres finden in Zug. Die Tatsache, dass sie dann gleich ins Altersheim wechseln, wird uns über kurz oder lang vor grössere Probleme stellen.

Fazit: Es braucht günstigen und altersgerechten Wohnraum in Zug. Dies muss aktiv angegangen werden: Die Stadt soll aktiv kleinere, preisgünstige und auch altersgerecht gebaute Wohnungen erstellen. Dies kann durchaus auch in einer Überbauung mit Familienwohnungen geschehen, denn ältere Menschen wünschen sich den Kontakt mit den Jungen. Auch Mehrgenerationen-Wohnformen sollen unterstützt werden, wie man es zum Beispiel bei der Genossenschaft W'Alter getan hat, was wir übrigens schätzen.

Kurzfristig wünschen wir uns vom Stadtrat, dass er nochmals überlegt, welche niederschweligen Hilfestellungen und Anreize die Stadt doch geben könnte, um älteren Menschen den Schritt in eine kleinere Wohnung zu erleichtern.

René Gretener

Wir bedanken uns bei der Mittepartei für den Vorstoss und dem Stadtrat sowie der städtischen Immobilienabteilung für ihre umfangreichen und zeitintensiven Abklärungen zu deren Beantwortung. Der Bericht enthält wertvolle Informationen, die auch bei zukünftigen GGR-Geschäften von Nutzen sind.

Mit Anreizen unsere ältere Generation motivieren, ihre möglicherweise zu grossen Mietwohnungen in Kleinwohnungen zu tauschen? Anreize heissen Subventionen. Noch mehr staatliche Eingriffe in private Angelegenheiten. Man stelle sich vor, die Stadt muss auch noch kontrollieren, wer denn jetzt eine Zügelprämie verdient hat und wer nicht. Ein neues Bürokratiemonster lässt grüssen.

Oder es wird versucht, den Eigentümern die Anfangsmiete bei Neuvermietungen noch mehr vorzuschreiben als es jetzt schon passiert. Eine Einschränkung bei der Mietpreisfestlegung bei Wohnungstausch für ü60? Oder ü70? Wer kontrolliert das? 85 % der Mietwohnungen seien privat, heisst es – das sind Tausende allein auf Stadtgebiet. Trotz Sympathie für das Anliegen tolerieren wir nicht noch mehr Eingriffe ins Eigentumsrecht. Landesweit werden genau wegen der vielen staatlichen Vorschriften seit Jahren zu wenige Wohnungen gebaut, und wenn, dann lieber Eigentumswohnungen. Verkaufen und sich nicht mit dem Mietrecht herumschlagen heisst die Devise.

Und wie interpretiert unsere ältere Generation das Anstupsen zum Zügeln? Genau – wie auch schon in den Medien gelesen, schiebt man ihnen subtil die Schuld in die Schuhe für den seit 30 Jahren ständig steigenden Wohnflächenverbrauch. Weitere Unterstellungen, die da schon waren: Schuld an den hohen Krankheitskosten, selber schuld am Verpassen der Digitalisierung. Ich bezweifle, dass dieser Plan bei unserer Elterngeneration gut ankommt. Einer Generation wohlgemerkt, die viel zu unserem heutigen Wohlstandsniveau beigetragen hat und die unseren Respekt verdient.

Wir unterstützen die Belegungsvorschriften der Wohnbaugenossenschaften und der Stadt für ihre preisgünstigen Wohnungen, welche situationsbezogen angewendet werden. Als Gegenleistung für eine vergünstigte Miete muss man auch Pflichten gewärtigen. Das ist gut so. Im freien Wohnungsmarkt hingegen soll die persönliche Entscheidungsfreiheit des Einzelnen gelten und diese soll weder mit Anreizen noch mit Vorschriften eingeschränkt werden.

Die Rolle der Stadt muss sein, sich weiterhin um gute Rahmenbedingungen für die Produktion von mehr und bedürfnisgerechtem Wohnraum für alle Altersgruppen zu kümmern.

Die SVP-Fraktion nimmt den aufwendig erstellten und detaillierten Bericht des Stadtrates dankend zur Kenntnis.

Esther Ambühl Tarnowski

Im Namen der SP-Fraktion danke ich Mariann Hegglin für die Interpellation und dem Stadtrat für den Bericht und Antrag. Ein wichtiges Thema wird hier aufgegriffen, die Welt hat und wird sich auch in dieser Thematik sehr stark wandeln. Wir hier drin sind die neuen Alten – einige etwas früher, andere etwas später.

Die Antworten des Stadtrats auf die Fragen beinhalten ungefähr das, was wir erwartet haben: Wir wissen nur wenig und wir können noch weniger machen – sprich: nur das, was die Wohnungen der Stadt selber betrifft.

Dabei zeigt der Stadtrat in der Einführung auf, dass er sich mit dem Thema auseinandergesetzt und die Probleme erkannt hat. Sehr schade, dass der Stadtrat dann bei den Antworten sich nicht bereit gezeigt hat, die Lösung dieser Probleme anzugehen. Wieso ist er bei der Umfrage nur auf die Genossenschaften zugegangen? Wieso hat er nicht auch den Kontakt mit den wichtigsten privaten Stakeholdern gesucht? Uns ist bewusst, dass die Lösung nicht einfach aus der Schublade gezogen und mit einem grossen Wurf umgesetzt werden kann. Vielleicht braucht es viele kleine Schritte, so wie dies zum Beispiel in der 2000-Wohnungen-Initiative mit den innovativen Wohnformen aufgegriffen wurde. Oder es könnte überlegt werden, wie Leute beim Übergang von Lebensphasen auch zu einer Änderung der Wohnform inspiriert und unterstützt werden könnten. Einige hier drin haben davon schon mehr gehört am letzten Freitag. Und, und, und...

Wir fordern den Stadtrat auf, sich diesem Thema vertiefter anzunehmen. Zusammen mit den wichtigsten Stakeholdern soll er eine Strategie dazu entwickeln und daraus Lösungsansätze ableiten – diese können auch aus kleinen Schritten bestehen und dürfen gerne Innovationspotenzial beinhalten. Damit wir zukünftig nicht mehr sagen müssen «Wir haben keine Handhabe», sondern: «Mit unserer Strategie können wir die Situation in die richtigen Bahnen lenken.»

Einzelne Mitglieder der SP-Fraktion behalten sich vor, den Antrag der Mitte zu unterstützen.

Nina Koller

Zunächst möchte sich die Fraktion der GLP bei den Interpellanten bedanken, dass dieses allgegenwärtige Thema lösungsorientiert angesprochen wird.

Es ist von zentraler Bedeutung, dass wir uns aus unterschiedlichen Perspektiven mit den herausfordernden Wohnsituationen in der Stadt Zug auseinandersetzen. Umso erfreulicher sind lösungsbringende Vorschläge.

Leider geht ein solcher Prozess auch immer mit kritischen Überlegungen Hand in Hand.

Erstens erfordert die Einführung und Verwaltung neuer Wohnreformen erhebliche bürokratische Aufwände. Die notwendige Prüfung und Genehmigung zahlreicher Wohnungswechsel sowie die Verwaltung von Prämien oder Subventionen würden die Ressourcen unserer Verwaltung erheblich beanspruchen. Dieser zusätzliche Verwaltungsaufwand könnte zu Ineffizienzen führen und die angestrebten Vorteile der Reformen infrage stellen.

Zweitens greifen strenge Belegungsvorschriften und Anreize für den Wohnungstausch tief in die Eigentumsrechte privater Vermieter ein. Diese Massnahmen beschränken die Fähigkeit der Vermieter, Mietpreise marktkonform anzupassen und ihre Immobilien nach ihren Vorstellungen zu verwalten. Ein solch starker Eingriff könnte auf erheblichen Widerstand stossen und letztendlich mehr Schaden als Nutzen verursachen.

Zuletzt ist es wichtig, die sozialen Auswirkungen auf die betroffenen älteren Menschen zu berücksichtigen. Viele Senioren können sich in neuen altersgerechten Wohnformen sozial isoliert fühlen. Insbesondere wenn sie vertraute Nachbarschaften und soziale Netzwerke verlassen müssen. Die Umstellung auf eine neue Wohnumgebung kann für ältere Menschen äusserst stressig und belastend sein. Es besteht die Gefahr, dass diese Massnahmen das Gefühl der Einsamkeit und Isolation verstärken, anstatt die Lebensqualität zu verbessern.

Damit danken wir dem Stadtrat für seine Antwort auf die Interpellation und nehmen diese zur Kenntnis.

Alexander Kyburz

Wir danken dem Stadtrat für seine Antwort. Zuerst zum Wichtigsten: Besonders gefällt der FDP-Fraktion, dass der Stadtrat die Wichtigkeit des Privateigentums betont. Offene oder verdeckte Enteignungen sind nicht im Ansatz ein Mittel, um die Wohnsituation in der Stadt zu verbessern.

Die Alterung unserer Stadtbevölkerung ist ein Fakt. Wir danken der Mitte-Fraktion für den Hinweis, dass dieses Thema auch bei der Wohnsituation zukünftig besser berücksichtigt werden muss. Es besteht ein Bedarf an kleineren und leicht zugänglichen Wohnungen, welche für unsere Pensionäre geeignet sind. Der Bedarf wird in den nächsten Jahren stark ansteigen.

Die Stadt sollte somit Genossenschaften unterstützen, welche bei Neu- oder Umbauten kleinere Wohnungen neben Familienwohnungen anbieten möchten.

Aus meiner Sicht sollte die Stadt nicht nur alternative Wohnformen für ältere Menschen unterstützen, sondern auch gewöhnliche Wohnungen fördern, sprich: Es braucht für unsere Stadt viele altersgerechte 2- und 3-Zimmer-Wohnungen.

Wir nehmen die Antwort des Stadtrats positiv zur Kenntnis.

Christoph Iten

Ich möchte nur kurz Replik auf einige Argumente geben, die wir jetzt zuhause gehört haben. Ich vermute nicht, dass ich Sie umstimmen kann, aber so unkommentiert stehen lassen kann man das kaum.

Wir haben unisono gehört, dass die Wohnungssituation ein Problem ist. Aber auf keinen Fall wollen wir jetzt irgendwelche Administration für die Verwaltung beschreiben.

Wenn Sie das Problem lösen möchten und wirklich angehen möchten, dann können Sie nicht sagen: Aber auf keinen Fall möchten wir irgendwie etwas bei der Verwaltung dafür aufgeben. Von alleine wird sich das Problem nicht lösen. Und der administrative Aufwand für solche innovativen Konzepte ist nicht so gross, wie Sie hier postuliert haben.

Der zweite Punkt, das Eingreifen in das Privateigentum. Mit diesen Lösungen den Anreiz schaffen, die Wohnungen zu wechseln, da müssen Sie mir zuerst noch erklären, wie das ein Eingriff ins Privateigentum sein soll. Sicher nicht.

Und der dritte Punkt, die Einflussnahme auf die älteren Menschen. Das Konzept basiert ja auf Freiwilligkeit. Wir schubsen niemand aus der alten Wohnung raus. Das ist freiwillig. Wir setzen Anreize. Es gibt keine Verbote. Es gibt keine neuen Auflagen. Wir bestimmen die Mietzinse nicht. Das wollen wir alles nicht. Es sind alles Anreize und es basiert auf Freiwilligkeit.

Diese Argumente ziehen also nicht. Und wenn Sie hier etwas ändern wollen, dann hat das einen gewissen Preis. Aber dann stehen Sie bitte hier hin und sagen: Wir wollen nichts ändern. Das wäre ehrlich.

David Meyer

Was haben wir jetzt alles für Forderungen gehört, was der Stadtrat alles machen müsste: fördern, sich durchsetzen, enteignen beinahe. Aber so einfach geht das nicht. Wir wissen ja selber, dass die Stadt beinahe keine Wohnungen hat und dass sie eben den Markt wirken lässt.

Nun war auf der Titelseite der NZZ am Sonntag die Headline zu lesen: Die Wohnungsnot zwingt auch Ältere zunehmend in WG. Einen ausführlichen Bericht finden Sie auf Seite 8 in der Ausgabe vom letzten Wochenende. Da finden Sie ganz viele Aspekte, die wir jetzt hier noch nicht mal betrachtet haben. Hier waren wir in den üblichen Fahrwassern, aber da finden Sie noch ganz andere Thematiken wie juristische Probleme, die Patchworkfamilien-Thematik, die Kinderzimmeranzahl etc. Es sind also noch ganz viele Themen offen, die wir natürlich jedes Mal aufbringen könnten.

Nur, was ich etwas störend finde, ist, dass wir immer dem ärmsten Stadtrat in dieser Sache eine quasi unmögliche Aufgabe geben. Das können wir immer, damit kann man natürlich Wellen schlagen. Aber ich denke nicht, dass das irgendwie realistisch ist und wir einfach einer Traumwelt nachdenken.

Urs Raschle, Stadtrat

Zuerst einmal danke ich für die grundsätzlich positive Aufnahme und die positiven Voten.

Mit kleinen Schritten kommt man auch zum Ziel. Insbesondere wenn man den Weg kennt. Und ich denke, wir konnten aufzeigen: Wir kennen den Weg. Wir haben die Problematik analysiert und erkannt. Doch nun stellt sich eben die Frage: Wie gross sind die Schritte und was kann man tun?

Der Stadtrat hat schon vor längerer Zeit definiert, dass man den Weg zusammen mit Wohnbaugenossenschaften und teils auch mit Privaten geht. Es gibt doch rund zehn Wohnbaugenossenschaften in der Stadt Zug, die einen etwas grösser, die anderen etwas kleiner. Mit diesen arbeiten wir seit längerem sehr aktiv zusammen, insbesondere dort, wo es Möglichkeiten gibt. Sie haben es im Bericht studieren und lesen können: Die letzte Gelegenheit, die wir hatten, war gerade die Zugerbergstrasse. Und da konnten wir eben der Wohnbaugenossenschaft W'Alter das Gebäude übergeben. Respektive Sie im Rat werden in Bälde die Möglichkeit haben, dies zu tun. Denn es geht hier um einen gewaltigen Finanzabschlag, den die Stadt Zug geben muss. Und dieser ist so gross, dass er ins Parlament kommt. Aber ich bin überzeugt, dass wir auch diesen Weg miteinander gehen können.

Wir haben auch aufgezeigt, wir nehmen die Legislaturziele ernst. Insbesondere müssen wir auch wissen, von welchen Wohnungen und von welcher Anzahl wir sprechen. Deshalb sind wir im Moment daran, eine genaue Analyse zu machen, welche Wohnungen es überhaupt gibt und wie gross sie sind. Wir haben vor, das auch mit Privaten zu tun. Insbesondere stehen wir mit privaten Anbietern in Kontakt. Dazu kann ich Ihnen verraten, dass beispielsweise Zug Estates dem Stadtrat letzte Woche verraten hat, dass auch sie mehr und mehr schauen, dass nur noch eine gewisse Anzahl Personen in einer grösseren oder kleineren Wohnung sein dürfen und eben nicht mehr alles beliebig ist. Das haben wir so zur Kenntnis genommen. Und wir haben auch mit Zug Estates definiert, dass wir Ihnen dies heute mitteilen dürfen, sozusagen als Breaking News, dass also auch die privaten Anbieter diese Thematik erkannt haben.

Aber seien wir doch ehrlich, das Problem geht eben tiefer, als nur mit Wohnungswechseln das Problem lösen zu wollen. Das wäre dann der Tropfen auf den heissen Stein. Und es geht ja vor allem auch um die ältere Bevölkerung. Und da hat der Stadtrat schon vor längerer Zeit ein gewichtiges Zeichen setzen können mit dem Einsetzen der Fachstelle Alter. Die Fachstelle Alter ist im Departement SUS angesiedelt und – Sie können das dann im Jahresbericht wieder studieren – berät Jahr für Jahr mehr und mehr ältere Menschen, welche genau mit dieser Thematik an die Stadt Zug gelangen. Die Fachstelle Alter macht diesbezüglich eine sehr wichtige und wertvolle Arbeit. Leute werden eingeladen, man bespricht die Situation und schaut, wo die Spitex helfen kann und wo es Möglichkeiten mit beispielsweise Alterswohnungen gibt.

Und gerade hier hat die Stadt Zug eine Möglichkeit, mit den eigenen Alterswohnungen – rund 200 sind es –, wo die Liste zwar sehr lange ist, aber man schaut genau, wer in diese Wohnungen kommt.

Und das bringt mich dann zur ersten Frage der ALG-CSP, warum bei der Stadt Zug die Wohnflächen grösser sind als beispielsweise bei den Wohnbaugenossenschaften. Ich kann es nicht genau sagen, aber es hängt bestimmt auch damit zusammen, dass gewisse Alterswohnungen eben doch schon älter sind und damals ziemlich gross gebaut worden sind. Dort lebt vielleicht noch eine oder leben zwei Personen drin.

Bei den Alterswohnungen gelten andere Richtlinien als bei den normalen preisgünstigen Wohnungen. Da sind wir auch darauf angewiesen, dass die Leute noch fähig sind, überhaupt einen Wechsel zu machen. Und da sind wir auch kulanter als bei den normalen Wohnungen.

Bei den normalen preisgünstigen Wohnungen läuft im Moment der Prozess der Kontrolle. Wir gehen davon aus, dass es wieder rund 20 Mietverhältnisse sein werden, bei denen die Kontrolle einen Wechsel bedingen.

Von den Interpellanten wurde die Thematik mit dem Reglement in der Stadt Luzern eingebracht. Ein sehr interessanter Ansatz. Und ja, ich gebe es zu, davon haben wir bis vor Kurzem nichts gewusst. Insofern vielen Dank für den Hinweis. Aber wir sind ja nicht ganz auf den Kopf gefallen und haben deshalb mit den Kollegen von Luzern Kontakt aufgenommen. Und siehe da, die Antwort der Stadt Luzern ist heute noch eingetrudelt. Und der erste Satz ist doch ziemlich überraschend: Das Reglement wurde – jetzt müssen Sie gut zuhören – in den letzten zwanzig Jahren nicht mehr angewendet. Und auch davor gab es keine grosse Nachfrage. Nun, scheinbar gibt es doch Schwierigkeiten bei der Handhabung. Einerseits muss eine Vereinbarung vor dem Umzug vorgelegt respektive bewilligt werden. Dann ist auch die Frage, wie lange ein potenzieller Vermieter gewillt ist, auf eine entsprechende Verfügung zu warten. Wie wird sichergestellt, dass die grosse Wohnung mit einer besseren Belegung vermietet wird? Dann ist es auch nur auf fünf Jahre befristet, und auch das ist nicht unbedingt eine sehr attraktive Perspektive. Die ursprünglichen Bedingungen der Vereinbarung werden jährlich überprüft und sind scheinbar nicht praktikabel. Das ist also doch noch eine interessante Antwort seitens Stadt Luzern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat, der Stadtrat ist sich der Thematik bewusst. Es ist eines der wichtigsten Themen unserer Legislatur und wir sind da dran. Ich selber besuche aktuell alle Generalversammlungen der Wohnbaugenossenschaften und erkläre den Wohnbaugenossenschaften auch, welche Möglichkeiten wir haben.

Eine Möglichkeit, die heute bereits erwähnt wurde, ist beispielsweise der Schleifepark – oder besser bekannt: das Steinlager. Es ist aber wichtig, dass die Qualität stimmt, wenn eine solche Fläche angeboten wird. Dies zeigt sich nun beispielhaft bei der Zugerbergstrasse 6–10. Fünf Genossenschaften haben da mitgemacht. Eine hat das Rennen gemacht. Vier sind somit nicht sehr glücklich. Ich kann Ihnen sagen, ich habe mit allen persönlich gesprochen und telefoniert. Es gibt keine Einsprachen, aber alle vier sind nicht sehr glücklich darüber, dass sie nicht zum Handkuss gekommen sind. Da besteht auch immer die Gefahr von Einsprachen. Deshalb ist entscheidend, dass wirklich alle Parameter abgeklärt sind, bevor eine solche Vergabe erfolgt, damit es möglichst keine Einsprachen gibt.

Ich kann Ihnen sagen, dass wir in der nächsten Zeit des Öfteren werden über Möglichkeiten diskutieren können, wie Wohnbaugenossenschaften profitieren können. Es geht um teils sehr attraktive Flächen mitten in der Stadt Zug, welche uns als Stadt Zug angeboten werden. Nur, es wird dann früher oder später die Frage aufkommen, was ist das Parlament, vielleicht sogar der Souverän,

bereit, dafür zu geben, insbesondere an finanziellen Mitteln in Form von Abschreibungen. Auf diese Diskussion bin ich sehr gespannt.

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt.

Abstimmung Nr. 4

- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 15 Ratsmitglieder
- Für Kenntnisnahme stimmen 17 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 1

Ergebnis Abstimmung Nr. 4

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

9. Mitteilungen

Verabschiedung Benny Elsener, Die Mitte

Roman Burkard, Ratspräsident

Benny Elsener hat seinen Rücktritt aus dem GGR am 23. April 2024 mitgeteilt. Ich möchte mich bei dir, lieber Benny, im Namen des Grossen Gemeinderats und der gesamten Zuger Bevölkerung für deine Arbeit im Rat und deinen Einsatz in der Geschäftsprüfungskommission ganz herzlich bedanken. Wir werden deine engagierte Art und deine Voten im Rat vermissen. Selbstverständlich bist du auch zum Weihnachtsessen eingeladen – und wer weiss, vielleicht wird auch der Samichlaus noch die eine oder andere Anekdote zum Besten geben.

Ich darf dir nun im Namen des Grossen Gemeinderats, aber auch des gesamten Stadtrats die Abschiedsurkunde und die Geschenke überreichen. Vielen herzlichen Dank.

Die im Saal Anwesenden applaudieren.

Benny Elsener

Danke viel Mal für die Einladung, dass ich mich hier im Rat bei euch allen persönlich bedanken darf für die superinteressante Zeit und schöne Zeit. Aber leider muss ich mich auch verabschieden.

Für mich war eigentlich immer klar, dass ich diese Legislatur beende, mich sogar im GGR für die Wiederwahl zur Verfügung stellen würde. Ein Ende als GGR-Mitglied war für mich weit entfernt. Weil es ist schön, zusammen mit euch im Rat für die Stadt zu debattieren. Auch hätte es mich gefreut, mit dir, Ivano – alter Feuerwehrkollege –, deine zwei Jahre im Präsidium mitzuerleben.

Doch das Leben und die Zukunft kann sich plötzlich ändern. Ich habe eine andere Richtung einschlagen müssen. Die Gesundheit meiner Frau geht vor. Ich danke euch für das Verständnis.

Auf der Strasse hat jemand, der mich kennt, zu mir gesagt: «Wieder ein Unternehmer weniger im Grossen Gemeinderat, wo führt denn das hin?» Dazu meine Worte als Unternehmer mit Firma in der Stadt Zug, nicht mehr als GGR-Mitglied: In der Politik ist es wie in der Privatwirtschaft – zuerst liefern, dann fordern. Nicht immer der Staat muss, denn Eigenverantwortung ist auch heute noch erwünscht und müssen wir fördern. Das ist meine Message.

Und es ist nicht immer alles schlecht. Im Gegenteil, wir haben einen kompetenten Ratspräsidenten mit Roman Burkard, nächstes Jahr mit Ivano De Gobbi, einen sehr kompetenten GGR, das seid ihr alle, das ist euer Verdienst, ihr seid verantwortlich dafür.

Wir haben einen guten, einen sehr guten Stadtrat. Das darf an dieser Stelle auch einmal gesagt sein. Dahinter stehe ich. Wir haben einen sehr guten Stadtschreiber, einen guten Protokollführer und Weibel. Das ist unser Wert, unser Potenzial. Dazu müssen wir Sorge tragen – für unseren Rat, für unsere Stadt.

Schaut gut zu euch und bleibt gesund.

Meinem Nachfolger Florin Meier viel Erfolg und alles Gute.

In dem Sinne wie immer meine letzten zwei Worte: Danke. Schluss.

Die im Saal Anwesenden applaudieren.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 18. Juni 2024, 15:30 Uhr

Für das Protokoll
Martin Würmli, Stadtschreiber

A handwritten signature in blue ink, consisting of stylized, flowing letters that appear to read 'M. Würmli'.

Qualifizierte elektronische Signatur - Schweizer Recht

Beilagen:

1. Abstimmungsergebnisse: Protokoll der Sitzung vom 28. Mai 2024
2. Abstimmungsergebnisse: Zusammenfassung
3. Präsenzliste